

TOP: Ö 8.2

VO-Nr.: 216/2009

Machbarkeitsstudie/Maßnahmekonzept zur Verbesserung der Befahrbarkeit der Innenstadt durch Radfahrer in Brandenburg an der Havel

Einreicher: Oberbürgermeisterin
Fachbereich IV

dazu

**Anfrage an die Oberbürgermeisterin zu geplanten Maßnahmen der Lärminderung in der Innenstadt
Anfrage Nr. 305/2009**

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – pro Kirchmöser – Gartenfreunde,
Frau Lang

Anlage 3 a Beschlussvorlage Nr. 216/2009

Anlage 3 b Anfrage Nr. 305/2009

Anlage 3 c Beantwortung der Anfrage Nr. 305/2009 mit Schreiben vom 19.06.2009

Vortrag:

Herr Brandt: Es gab eine sehr umfangreiche und rege Diskussion in den Ausschüssen. Für diese Vorlage habe man sich sehr viel Zeit in der Beratung genommen.

In den Ausschüssen sei auf die umfangreiche Beteiligung Dritter hingewiesen worden. In diesem Bereich habe man ein Verfahren gewählt, das im Beteiligungsbereich deutlich mehr als ein Jahr in Anspruch genommen habe. Er könne aus seiner Sicht sagen, dass man in dieser Stadt so ziemlich jeden beteiligt habe, der von diesem Thema auch nur annähernd betroffen sein könnte. Es gab auch mehrere Beteiligungen im Bereich der Innenstadthändler. Die IG City sei im letzten Jahr über das Verfahren informiert worden und im Weiteren insoweit beteiligt gewesen, dass sie die Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss verfolgt habe. Es gebe eine entsprechende Stellungnahme, die auch vorliege.

Ergänzend wolle er eine Information geben, die ihn gestern erreicht habe. Er sei auf Einladung der IG City auf deren Sitzung gewesen. Man habe ihm mitgegeben, über die bislang geäußerten Stellungnahmen hinaus noch einmal 3 Punkte vorzutragen, die gestern dort seitens der Einzelhändler der Stein- und der Hauptstraße formuliert worden seien.

Die drei Punkte lauten wie folgt:

1. Die Steinstraße soll nach Auffassung der IG City nicht zuerst, aber spätestens bis 2015 fertig gestellt werden.
2. Es soll eine abschnittsweise Bauweise erfolgen. D. h., dass man mit Wanderbaustellen arbeitet.
3. Es soll ein einheitlicher Belag in allen Straßen verwandt werden, um auch die Wiedererkennung für Radfahrer zu ermöglichen.

Aussprache:

Herr Holzschuher: Er verwies auf die Pressemitteilung der CDU vom 16.06.2009, welche sich auf dieses Thema zur Behandlung im Hauptausschuss bezog.

Die Fraktion der SPD habe es in der Tat gewagt, darüber zu diskutieren, ob der vorgelegte Entwurf der einzig mögliche sei - diskutieren deshalb, weil sie einen Weg suche, der der kostengünstigste sei und der den Radfahrern die besten Möglichkeiten bietet, durch die Innenstadt zu fahren. Darüber habe man offen und ohne jede parteipolitische Färbung Sachfragen und Sachthemen zu diskutieren. Im Stadtentwicklungsausschuss und dann im Hauptausschuss sei das diskutiert worden. Man habe sachliche und fachliche Argumente ausgetauscht. Im Ergebnis dessen, weil man offen weiter diskutieren wollte, hätten sich Vertreter der Sozialdemokraten dort enthalten. Daraus mache der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Paaschen (Herr Holzschuher zitierte): "Während im Stadtentwicklungsausschuss die SPD für die geplante Verbesserung der Befahrbarkeit der Innenstadt durch Fahrräder stimmte, war sie im Hauptausschuss dagegen." Die Aussage sei völlig falsch. Die Unterstellungen, die immer laufen, man würde mit allem, wo man mal zu diskutieren wage, blockieren wollen, schaden der Stadt.

Herr Osterburg: Die Diskussion um diese Vorlage habe man sehr ausführlich geführt. Er selbst sei über das Verkehrsforum mit daran beteiligt gewesen, die entsprechenden Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen.

Die Vorschläge, die in der Vorlage enthalten sind, hätten für den Fahrradfahrer Kompromisscharakter. Es seien nicht die optimalsten Bedingungen, die man für Radfahrer in dieser Stadt schaffen könnte. Dennoch könne man das vorgelegte Ergebnis gut vertreten. Die Vorlage, so wie sie ist, sei jetzt beschlussreif.

In all diesen Varianten sei bautechnisch der richtige Weg gefunden worden. Er könne sich keine Regelung vorstellen, die allen Interessen gerecht werde und gleichzeitig das historische Ambiente der Innenstadt erhalte.

Man sollte die Vorlage heute beschließen. Er denke, dass auch die Reihenfolge richtig sei. Sie sei Ergebnis einer Abstimmung zwischen den verschiedenen Beteiligten. Diese Abwägung sei mit Augenmaß getroffen worden.

Er gab zu Protokoll:

1. Es sei jetzt Geld im Haushalt für den ersten Schritt eingestellt. Man sollte sich gemeinsam darüber im Klaren sein, dass der Kämmerer mitgeteilt habe, dass er erwägen müsse, eine Haushaltssperre auszurufen. Dann habe man hier ein Problem. Man sollte gemeinsam darauf achten, dass ein solches Projekt, welches mit einer breiten Zustimmung versehen sei, dann nicht der Haushaltssperre zum Opfer falle.

2. Es sei die Frage, dass die Mittel in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen müssten, um die Umsetzung auch wirklich durchführen zu können. Das sollte man gerade nach dem Aufwand, der hier betrieben worden sei, vermeiden.

Wenn die Arbeiten dann durchgeführt werden, seien Beeinträchtigungen unvermeidlich, die insbesondere mit Auswirkungen auf die Händler und Gewerbetreibenden einhergehen. Er habe die Bitte an die Bauverwaltung, dass diese dafür Sorge tragen solle, dass die Händler und Gewerbetreibenden zu jeder Zeit gut informiert sind und wissen, was vor ihrer Tür passiert. Die Information sollte nicht über die IG City gegeben werden, um Informationsverlust zu vermeiden. Es wäre hilfreich, wenn eine direkte Information stattfinden könnte.

Herr Nowotny: Es sei höchste Zeit, dass das Problem einer Lösung zugeführt werde. Es sei grotesk, wenn - wie heute in einem Leserbrief nachzulesen war - ein Vorschlag komme, der darin gipfelte, dass die Radfahrer doch absteigen und ihr Fahrrad durch die Steinstraße schieben könnten. Es wären ja nur 500 m.

Grundsätzlich stimme die FDP-Gruppe dem Vorschlag zu, wenn man sich auch im Detail die eine oder andere Lösung vorgestellt hätte. Er sei auch für eine Asphaltlösung, weil es auf Asphalt besser rolle. Er würde diese Meinung auch vertreten, wenn man ihn „Banause“ nenne, weil er die Stadthistorie an dieser Stelle ungenügend berücksichtige.

Ihm sei bekannt, wie vehement man - im Übrigen nur mit umgekehrtem Vorzeichen - über die Pflasterung auf dem Dom gestritten habe. Da habe eine SPD-geführte Stadtregierung diese historische Bauweise vertreten und alle anderen Dinge seien mehr oder weniger „abgebügelt“ worden. Das scheine nicht unbedingt eine Frage der politischen Couleure zu sein, sondern die Verwaltung selbst versuche - aus

welchen Gründen auch immer - das durchzusetzen. Vielleicht wolle sie sich mit dem Land nicht anlegen. Vielleicht sehe die Verwaltung wenige Chancen auf eine Durchsetzung. Mittlerweile würden viele über den Dorn doch anders denken. Stück für Stück werde wieder mal ein Stück Asphalt „nachgeschoben“.

Ihm wäre es lieber gewesen, man hätte das bei dem Konzept ordentlich berücksichtigt.

Zu Herrn Osterburg erklärte er, dass oft gesagt werde, in der Steinstraße solle es so werden wie in der Hauptstraße. Er sehe das Problem, dass die Hauptstraße quasi „tot“ sei und die Steinstraße pulsierendes Leben darstelle.

Er halte es auch nicht für besonders glücklich, eine Tempo-20-Zone einzurichten. 20 km/h sei eine Geschwindigkeit, bei der kein Verkehrsfluss zustande komme. 30 km/h wären in Ordnung und wenn die entsprechenden Radwege eingerichtet werden, sei das auch der Situation angemessen.

Vom Grundsatz her stimme man dieser Vorlage zu.

Frau Kornmesser: Die Äußerungen von Herrn Riethmüller in der MAZ seien für sie sehr absurd und bedürften einer Klarstellung. Die Vorlage habe man im Stadtentwicklungsausschuss sehr intensiv besprochen. Die Diskussion sei sehr sachlich, konstruktiv und an der Sache orientiert gewesen. Zum Ende der Veranstaltung habe Herr Riethmüller in seiner ruhigen, sachlichen und besonnenen Art klar gemacht, dass es absoluter Schwachsinn sei, was in der Vorlage stehe, dass es die technisch schlechteste Variante und wirtschaftlich nicht vertretbar und dass Asphalt die beste Variante sei. Er habe das mit der Frostperiode begründet.

Für sie wären die Argumente nachvollziehbar gewesen. Man habe daher im Internet noch einmal recherchiert. Es sei tatsächlich so, dass Asphalt oder Asphaltbeton eine gute Variante für die Gestaltung von Radwegen sei. Deswegen habe man nachgefragt, ob man wirklich die für Fahrradfahrer technisch sinnvollste Variante umsetzen wolle. Nichts anderes sei die Diskussion im Hauptausschuss gewesen. Mit Verwunderung habe sie zur Kenntnis genommen, dass die fachliche Meinung sich innerhalb von anderthalb Wochen um 180 Grad gedreht habe. Das sei für sie nicht nachvollziehbar.

Es wurde geprüft. Die Variante sei in Ordnung. Auch bei Frost wäre es griffsicher. Daher habe sich die SPD-Fraktion entschlossen, der Vorlage zuzustimmen. Die Art, wie in der Presse darüber berichtet werde, sei ihr fremd und für eine konstruktive Zusammenarbeit gerade im Ausschuss nicht sehr hilfreich.

Herr Paaschen: Wenn Herr Riethmüller im Fachausschuss klargemacht haben sollte, dass der Vorschlag schlecht sei, dann frage er sich, warum man diesem Vorschlag im Fachausschuss zugestimmt habe. Das Protokoll des Fachausschusses liege vor ihm. Es wurde einstimmig der Vorlage zugestimmt.

Der Zustand der Steinstraße, Hauptstraße, Ritterstraße und Plauer Straße sei nicht erst seit heute bekannt, sondern die Diskussion um diese Straßen sei schon vor fast 10 Jahren geführt worden. Die Diskussion damals habe dieses Ergebnis gebracht, welches man gemeinsam hier vorfinde. Er wisse auch, dass man seit 2004 auf einmal heftig darüber streite und feststelle, dass alles „Murks“ sei, dass die Fahrradfahrer dort bei der Rekonstruktion der Straße nicht berücksichtigt worden seien. Man streite darüber, wie man den Zustand verbessern könne. Über einen Monat hatte man Zeit, die Studie zu begutachten und diese Vorlage in den Ausschüssen zu bewerten. Viele andere Gremien hätten zu dieser Vorlage beigetragen. Dazu gehörten das Verkehrsforum, der Club der Radfahrer Deutschlands, die IG Steinstraße und mehr.

Wenn man vor 10 Jahren die Belange der Radfahrer berücksichtigt hätte, dann wäre das die kostengünstigste Variante. Das sei nicht geschehen. Daher müsse man heute dafür bezahlen. Bevor man die Studie und das Ergebnis festgelegt habe, sei man einheitlicher Meinung gewesen. Im Haushalt wären ca. 114.000 Euro eingestellt. Das Geld sei durch eine Haushaltssperre nicht gestrichen, sondern die Ausgaben kämen noch einmal auf einen besonderen Prüfstand, bevor das gemacht werde. Dass die Jahre danach daran weitergearbeitet werden kann, liege in Hand der Stadtverordneten.

Die CDU-Fraktion werde die Angelegenheit weiter begleiten, um die Korrektur in den Straßen für die Fahrradfahrer vornehmen zu können. Die vorliegende Entscheidungsvariante sei ein Kompromiss. Die CDU-Fraktion respektiere den Kompromiss, weil viele daran mitgearbeitet haben. Man müsse einen Punkt machen und beginnen, das umzusetzen.

Herr Dr. Jung: Auf der Rednerliste sind vermerkt: Herr Stieger, Frau Schulz, Herr Riethmüller, Herr Brandt, Frau Lang und Herr Dietrich

Frau Scholz: Sie könne Frau Kornmesser Recht geben. Es habe eine konstruktive Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss gegeben. Es wurde einstimmig der Vorlage zugestimmt. Sie wolle darauf hinweisen, dass Herr Riethmüller zu Protokoll gab, dass Asphalt billiger und weniger gefährlich für die Radfahrer sei. Daraufhin habe sie ihre Vertreter für den Hauptausschuss informiert, da sie das Urteil von Herrn Riethmüller als fachlich sehr ausgewogen betrachtete. Sie habe ihrer Fraktion vorgeschlagen, das noch einmal zu diskutieren. Dass es jetzt so bleibt, wie es ist, sei in Ordnung, aber der Artikel in der Zeitung hätte anders sein müssen. Sie wolle zum Ausdruck bringen, dass das nicht in Ordnung ist.

Herr Pietschmann stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf „Ende der Rednerliste“.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

einstimmige Zustimmung

Herr Stieger: Es wolle sich bei den Kollegen im Hauptausschuss entschuldigen. Er hatte im Hauptausschuss am 15.06.2009 versucht seine Argumentation darauf zu stützen, dass er darauf hingewiesen hatte, in Rostock würde das Material wieder ausgebaut, weil es sich als untauglich erwiesen habe. Diese Information war falsch. Er habe am nächsten Tag beim Sachgebietsleiter im Tiefbaubereich in Rostock angerufen, der erklärte, dass im Radwegbau die Steine keine Rolle spielten, aber in der Innenstadt. Das Problem, dass der Stein sehr rutschig sei, wäre vorhanden, nur nicht bei der Frage des Radweges.

Der Stadtentwicklungsausschuss habe zugestimmt, weil man unbedingt eine Verbesserung der Situation für die Radfahrer in der Innenstadt wolle. Als er mit Frau Kornmesser im Stadtentwicklungsausschuss war, sei die Vorlage relativ unproblematisch gewesen. Als man dort hin kam, habe man lediglich die Verwaltungsvorlage, in der sich ein Protokoll befinde, indem es wörtlich heiße, nach dem die Herrschaften vom Denkmalschutz den Asphalt grundsätzlich abgelehnt hatten: „Eine Alternative ist geschnittenes und gestocktes Großpflaster, obwohl Erfahrungen hinsichtlich Befahrbarkeit und Rutschverhalten bei feuchtem Wetter nicht ausreichend bekannt sind.“

Herr Riethmüller hätte mehrfach darauf hingewiesen, wie ungeeignet dieses Material wäre. Herr Stieger hätte dann gesagt, die Vertreter der SPD würden dieser Vorlage zustimmen, aber dennoch die fachlich geäußerten Bedenken auf dem Weg zum Hauptausschuss mitnehmen.

Wenn man dann den Beitrag im Meetingpoint lese, sei es ihm wichtig, konkret zur Kenntnis zu nehmen, was er ausgeführt habe. Interessanterweise habe die MAZ ein bestimmtes Wort, was ihn verärgert habe, nicht übernommen. Herr Riethmüller habe konkret ausgeführt: „Die durch Vertreter der SPD aufgemachte neue Diskussion über den Einsatz von Bitumen ist nicht nur ´unredlich´, sondern auch falsch. Sanierungssatzung und Untergrundstruktur der betroffenen Straßen sprechen dagegen.“

Er habe sich die Sanierungssatzung angesehen. Da er diese auf der Internetseite der Stadt unter Ortsrecht nicht gefunden habe, habe er sich von der Verwaltung die Sanierungssatzung schicken lassen. Auch in der Sanierungssatzung finde er keinen Bezug darauf, dass Radwege nicht asphaltiert werden dürfen. Er finde einen Verweis auf eine Vorschrift im Baugesetzbuch. Wenn er sich diese ansehe, finde er das auch nicht darin.

Er habe gefunden, dass die Sanierungssatzung, Beschluss Nr. 194/1992, von einem Oberbürgermeister unterschrieben sei - und zwar nur von einem Oberbürgermeister - und dass sie kein Datum trage. Die Juristen würden wissen, was das für Konsequenzen habe. Soviel dazu, dass die Sanierungssatzung maßgeblich wäre.

Zur fachlichen Diskussion hätte er sich vorstellen können, dass man sage, man verändere die Formulierung in der Vorlage nicht in das konkrete Granitpflaster, sondern man sage, man wolle, dass ein geeignetes Material eingebaut werde. Man nehme sich in der Tat die Zeit, wenn man wisse, dass eine Sanierungssatzung nicht binde, weil es die möglicherweise gar nicht gebe, dass man sich dann noch einmal überlegen könnte, ob man nicht wirklich den Weg für eine sinnvolle Lösung finde.

Der Chef der Verkehrsbetriebe, Herr Jumpertz, hätte ausgeführt, dass gerade im Bereich der Steinstraße und Plauer Straße durchaus Bitumen oder andere Lösungen denkbar wären. Er betone das deshalb, weil es wesentlich preiswerter sei als das, was man einbauen wolle.

Die fachliche Kritik von Herrn Riethmüller sei richtig. Wenn die Verwaltung selbst die Zweifel habe, halte er es für den denkbar schlechtesten Weg, mit diesem „Parteiengetzänk“ eine Lösung zu beschließen, die dann nur dem Parteiengetzänk gerecht werde, aber nicht die beste Lösung für Brandenburg sei.

Herr Riethmüller: „Habe ich der Vorlage zugestimmt? Ja, ich habe der Vorlage zugestimmt. Ich war der Einzige, der das Wort Asphalt in der Runde zuletzt angebracht habe.“ Aber er sei der Meinung, dass dieser Vorlage zugestimmt werden sollte. So, wie er jetzt zitiert worden sei, verblüffe ihn das. Das sei unredlich. Herr Stieger habe ihm im Stadtentwicklungsausschuss auch noch zugenickt, als Herr Riethmüller die Hand gemeinsam für dieses Papier erhoben habe. Seine Bedenken hätten vor 12 Jahren gehört werden müssen, dann hätte man die Steinstraße und die Hauptstraße so nicht gemacht. Er bat der Vorlage zuzustimmen. Die Verbesserungen für die Radfahrer seien gegeben und man habe die Diskussion dort geführt, weil man die Diskussion nicht in 4, 10 oder 12 Wochen haben wolle, man hätte ja auch Asphalt nehmen können. Für ihn war die sachliche Diskussion an dem Abend beendet gewesen, als man gemeinsam entschieden habe, die Diskussion zu beenden.

Herr Brandt: Er verwies darauf, dass man gemeinsam Verantwortung zu tragen habe.

Er habe Sorge. Es gebe eine Vorlage, die in der Umsetzung einen Zeitraum von 6 Jahren umfasst. Ihm wäre wichtig, dass man heute einen Konsens finde, der 6 Jahre trägt. Er hoffe, dass diese Gemeinsamkeit heute erzielt werden kann. Sollte diese heute nicht erzielt werden können, sollte man sich die Zeit nehmen, diesen Konsens zu finden.

Man repariere heute. Eine Reparatur sei immer eine schlechte Sache. Eine Reparatur könne immer nur die Not lindern. Dazu wolle er sich in der Sache nicht vertiefen. Er könne mit Kritik sehr gut umgehen. Er wisse, wie sehr die Bauverwaltung in die Kritik gekommen sei, weil die Steinstraße, die Plauer Straße, die Hauptstraße und die Ritterstraße für den Radverkehr nicht befahrbar sei. Man habe nicht einmal erlebt, dass er sich von seinem Vorgänger im Amt distanziert habe. Es gebe eine Verwaltungskontinuität, die nach der Möglichkeit im Rahmen der Zwänge, die überliefert worden sind, stattfinde. Eine Verwaltungskontinuität achtend, die genau das mit einbeziehe, was zu Recht eingefordert werde. Wenn man heute eine Machbarkeitsstudie habe, dann bitte er an dieser Stelle zur Kenntnis zu nehmen, dass Asphalt nicht die günstigste Variante sei. Wenn man an dieser Stelle nur auf den Preis schaue, dann sei man ganz schnell bei Betonsteinpflaster. Wenn man an der Stelle sage, man suche nach der optimalen Lösung für die Radfahrer, dann sei das der nächste Fehler. Man suche nicht nach der optimalen Lösung für die Radfahrer, sondern man baue eine Straße. Man suche nach einem verträglichen Kompromiss für alle Verkehrsteilnehmer. Man habe zu dem Zeitpunkt, als die Straßen gebaut wurden – das sind neue Straßen –, diesen Kompromiss zu Lasten der Radfahrer geschlossen.

Wenn es heute möglich wäre, einen Konsens zu finden, der 6 Jahre trage, und in Ruhe - in Abschnitten und im Rahmen des Möglichen - diese Beschlussvorlage umzusetzen, dann wäre das der einzige, der Öffentlichkeit vermittelbare Weg. Wenn man in den nächsten 6 Jahren umschwenke, werde das nicht mehr vermittelbar sein, was man hier mache.

Frau Lang: Sie habe damals schon dafür plädiert, eine bessere Möglichkeit für die Radfahrer zu schaffen. Darüber sei aus den verschiedensten Interessen heraus anders entschieden worden. Heute wolle man nachbessern. Damals hatte man bereits die Diskussion, dass in der Innenstadt eine Verkehrsberuhigung benötigt werde. Die Steinstraße als Durchgangsstraße zu nehmen sei nicht förderlich für die Innenstadt und die Anwohner. Diese Diskussion werde man vor dem Ende der 6 Jahre noch einmal haben. Irgendwann werde man bei den Vorschlägen landen, die man vor 12 Jahren bereits gemacht habe.

Schöner wäre es, wenn man im Zuge der Diskussion – Wie gestalte ich den Verkehrsknotenpunkt mit dem neuen Sankt-Annen-Center? Wie gestalte ich diese „Situation Rad“ freundlicher? - auch noch einmal über die einzelnen Aspekte hinaus gegangen wäre.

Die Fraktion werde die Vorlage nicht ablehnen. Sie sei dafür, dass für den Radverkehr etwas getan werde. Wenn es nur in kleinen Schritten gehe, dann mache man das so. Letztendlich stehe man in der Verantwortung gegenüber der Gesamtopik der Stadt. Da habe der ADFC gesagt, dass er dies auch im

Gesamtkonzept der Stadt akzeptiere, wenn es funktioniert. Sie gehe davon aus, dass das Pflaster den Kriterien stand hält, die ein Radfahrer benötigt.

Man hoffe, dass in der Kontinuität irgendwann auch die wiederholt angesprochenen Aspekte der Verkehrsberuhigung in der Steinstraße und weiteren Innenstadtbereichen umgesetzt werden. Ansonsten stehe man dem positiv gegenüber.

Herr Dietrich: Er sei überrascht über die Schärfe, die in diese Diskussion zu dieser Vorlage gekommen sei. Man hatte eine wirklich ausführliche, lange und konstruktive Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss zu diesem Thema. Es wurde ein richtungweisender Konsens gefunden, auch nachdem Herr Riethmüller mehrfach eingesprochen habe. Er wies mehrfach darauf hin, dass man in der Tat nicht die bessere Variante beschließe, sondern bestenfalls die zweitbeste. Er wies aus fachlicher Sicht darauf hin, dass die Asphaltlösung für die Radfahrer vielleicht die bessere wäre. Herr Brandt habe u. a. auch argumentiert, dass es unter der Betrachtung, dass unter Umständen Fördermittel zurückzuzahlen wären, weil eine grundlegende Veränderung statffinde, die Variante von vornherein ausgeschlossen gewesen sei. Man hatte die Diskussion und habe hinlänglich darüber gesprochen. Man habe gewusst, dass es nicht die optimale Lösung sei, die man schaffen werde. Die Vorlage beinhalte die momentan bestmögliche Lösung. Man müsse sagen, da habe Herr Brandt mit der Verwaltung hervorragende Arbeit geleistet. Viele Gremien seien mit einbezogen worden, insbesondere die Radfahrer hätten dort Gehör gefunden. Im Stadtentwicklungsausschuss sei ein Konsens geschlossen worden.

Als Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses bat er um Zustimmung.

Beschlusstext:

„Für die Verbesserung der Befahrbarkeit der Innenstadt durch Radfahrer werden durch die Stadtverordnetenversammlung die folgenden Maßnahmen bzw. das weitere Vorgehen unter Haushaltsvorbehalt und mit der Maßgabe, dass keine zusätzlichen Kosten durch Fördermittelrückzahlung entstehen, beschlossen:

- In allen 4 Straßen wird in dem Angebotsstreifen für Radfahrer der vorhandene Belag gegen einen ebenen Naturstein (geschnittenes und gestocktes Großpflaster) ausgetauscht.
- Beseitigung der Kreuzfugen im Gleisbereich in der Hauptstraße
- Die vorhandenen Haltestellen der Straßenbahn bleiben als Engstellen bestehen.
- Priorität für die Umsetzung der Maßnahmen:
 1. Steinstraße
 2. Hauptstraße
 3. Ritterstraße
 4. Plauer Straße“

Abstimmung über die Beschlussvorlage:

einstimmige Zustimmung

Beschluss-Nr. 216/2009